

Antrag

gemäß der Geschäftsordnung

CDU-Fraktion / Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN / SPD-Fraktion

Nr.: A 23/0949-01

Status: öffentlich

Datum: 13.12.2023

**Haushaltsbegleitantrag der Fraktionen Bündnis 90 / Die Grünen,
CDU und SPD zum bestehenden TOP "Etat 2024", Vorlage
V23/0888-01**

Beratungsfolge:

Gremium:

Rat der Stadt

Datum:

14.12.2023

Status:

Ö

Zuständigkeit:

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Mit dem Haushalt 2024 lässt die Stadt Mülheim an der Ruhr ihren Status als Stärkungspaktkommune erstmals seit 2017 hinter sich. Damit gewinnt die Stadt haushälterischen Handlungsspielraum, den die antragstellenden Fraktionen von CDU und Bündnis 90 / Die Grünen und SPD mit Blick auf die wirtschaftlich schwieriger werdenden Rahmenbedingungen zur Erstellung eines Haushaltes verantwortungsvoll nutzen wollen. Im Wissen um die gemeinsame Verantwortung für unsere Stadt bekennen sich die Antragstellenden zu einer Haushaltspolitik, die finanzielle Stabilität in den Fokus nimmt, bürgerschaftliches Engagement würdigt, um die Stärkung sozialer Teilhabe bemüht ist und die kommunale Steuerbelastung stabil lässt.

Vor diesem Hintergrund wird Folgendes beschlossen:

1. Die Aufstellung eines im Ergebnis ausgeglichenen Haushalts – auch nach Ausscheiden aus der dritten Runde des NRW-Stärkungspakts – bleibt eine zentrale Aufgabe für alle demokratischen Kräfte im Rat der Stadt. Nach den Konsolidierungsanstrengungen in den Kommunen sind nun der Bund und das Land dringend gefordert, eine Perspektive für die Entschuldung und die Schaffung angemessener Investitionsspielräume der Städte und Gemeinden zu sorgen.

2. Zur Sicherstellung einer angemessen ausgestalteten und im Vergleich zum Status quo verbesserten IT-Sicherheit werden im Dezernat III 400.000,- € zusätzlich für eben diesen Zweck zur Verfügung gestellt.
3. Kinder und Jugendliche an Bücher und weitere Medien heranzuführen und Ihnen den Zugang zu diesen erleichtern, ist von grundlegender Bedeutung. Die Mittel zum Neuerwerb von Medien durch die städtischen Bibliotheken werden daher einmalig im Haushalt 2024 um einen Betrag von 25.000,- Euro aufgestockt.
4. Die Mittel der Bezirksvertretungen für die Unterhaltung von Spielplatzgeräten werden um insgesamt 45.000,- € aufgestockt (15.000,- € je BV). Auf diese Weise sollen mehr Handlungsspielräume zur Instandhaltung und auch zur Umrüstung von Spielplätzen mit inklusiven Spielgeräten geschaffen werden.
5. Wir verstärken den Beitrag der Stadt bei der Bewegungsförderung von Kindern im Grundschulbereich und stocken daher die Förderung des Mülheimer Sportbundes e.V. um 25.000,- € auf. Hierdurch sollen die sportmotorischen Testungen „Check“ perspektivisch zu einem dauerhaften stadtweiten Programm ausgebaut werden.
6. Zur Unterstützung der Selbsthilfestelle des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (DPWV) werden für das kommende Jahr 15.000,- € etatisiert. Zudem wird die Verwaltung beauftragt, ab dem Haushaltsjahr 2025 in Zusammenarbeit mit dem DPWV eine permanente Förderung aus Mitteln des Dezernates V aufzusetzen.
7. Um die Schleuseninsel wieder als attraktives Ausflugsziel erlebbar zu machen, werden in den nächsten Jahren verschiedene Maßnahmen ergriffen (z.B. Sanierung der Toilettenanlage im Zuge der IGA u.a.). Die Bemühungen zur insektenfreundlichen Herrichtung des großen Beetes sollen mit 10.000,- € aus städtischen Mitteln unterstützt werden.
8. Dem Theater und Konzertbüro soll es mit zusätzlichen Mitteln in Höhe von 10.000,- € ermöglicht werden, auch weiterhin sieben Sinfoniekonzerte im Kalenderjahr veranstalten zu können.
9. Unsere Stadt soll neben Düsseldorf und Köln auch weiterhin Ausrichterin des national renommierten Impulsefestivals bleiben. Für das kommende Jahr werden entsprechend 5.000,- € zur Verfügung gestellt, um die Durchführung zu gewährleisten.
10. Zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit soll das Mülheimer Arbeitslosenzentrum seine Arbeit gesichert fortsetzen können. Dementsprechend werden aus dem Etat des Amtes 57 insgesamt 44.000,- € Förderung bereitgestellt.
11. Die Sondernutzungsgebühr für Außengastronomie bleibt (im Vergleich zum Vor-Corona-Jahr 2019) halbiert.
12. Die Verwaltung evaluiert die Personalausstattung bei Bürger- und Ordnungs- bzw. Ausländeramt mit dem Ziel, die seit längerem andauernde angespannte Situation zu verbessern. Dazu entwickelt sie Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitssituation, um die Personalverfügbarkeit zu erhöhen. Das schließt die Möglichkeit von personellen Umschichtungen sowie die Neueinrichtung von Planstellen zugunsten der genannten Ämter bzw. Bereiche ein.
13. Wir fördern die Erinnerungskultur mit der Einrichtung einer Stelle „historische Bildungsarbeit/ Archivpädagogik“: Entsprechend dem Selbstverständnis als außerschulischer „Lernort“ soll ein wesentlicher Schwerpunkt der Bildungsarbeit im Haus der Geschichte / Stadtarchiv auf der Zusammenarbeit mit Schulen liegen. Dafür richten wir die notwendige

archivpädagogische Stelle (1,0 VZÄ) ein, die in Zukunft Bildungspartnerschaften u.v.m. implementieren soll.

14. Die Antragsteller setzen sich für die Verbesserung demokratischer Teilhabechancen ein. Die Verwaltung wird daher beauftragt, bei künftigen Wahlen und Bürgerentscheiden die Zahl der Wahllokale wieder zu erhöhen, um möglichst vielen Menschen eine wohnortnahe Wahrnehmung ihrer demokratischen Rechte zu ermöglichen. Orientierungsgröße ist hier die bis 2012 geltende Anzahl von 123 Stimmlokalen.

15. Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der Erarbeitung der kommunalen Wärmeplanung einen Vorschlag zu erarbeiten, wie zwischen der Verwaltung und den Versorgern, insbesondere den Wärme-, Gas- und Stromnetzbetreibern, die genehmigungsrechtliche Umsetzung von infrastrukturellen Maßnahmen aus einer Hand beschleunigt und effizient bearbeitet werden kann. Im Rahmen dessen soll auch ein Stellenprofil für die Koordinierung und Steuerungsfunktion (1,0 VZÄ) zur Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung erarbeitet werden und frühzeitig zur Beratung in den Gremien vorgelegt werden. Die Stelle soll, sobald es der Arbeitsaufwand erfordert, ausgeschrieben und besetzt werden.

16. Zur Intensivierung des Austauschs zwischen Schulen und Verwaltung bei der Umsetzung der IT-Strategie für die Mülheimer Schulen wird eine Koordinierungsstelle (1,0 VZÄ) im Amt für Digitalisierung und IT (Amt 19) geschaffen.

Die Verwaltung erarbeitet ein Konzept, wie alle Schülerinnen und Schüler und das Lehrpersonal in den kommenden Jahren mit digitalen Endgeräten (Tablets) arbeiten können und stimmt dieses mit den Schulen ab. Das schließt eine beschleunigte Ertüchtigung der dafür notwendigen digitalen Infrastruktur in den Schulen mit ein. Das Konzept wird im Laufe des Jahres 2024 den zuständigen Gremien zur weiteren Beratung und Beschlussfassung vorgelegt.

17. Die Verwaltung revitalisiert den zwischenzeitlich eingestellten Sozialdialog zwischen den Fachämtern des Sozialdezernats, der Politik und den freien Trägern der Sozialhilfe, d.h. den Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege, soweit sie in Mülheim tätig sind.

18. Ehemaliges Tengelmangelände, Vallourec-Areal, Friedrich-Wilhelm-Hütte, Ruhrbania-Baufeld 3 und 4, Rathausmarkt, Hauptpost-Areal, Forum oder RheinRuhrZentrum – die Stadt steht vor einer Reihe von wirtschaftlichen und städtpflegerischen Herausforderungen. Um eine angemessene Begleitung seitens der Stadtverwaltung sicherzustellen, wird eine weitere Stelle im Bereich der Bauleitplanung (1,0 VZÄ) im Dezernat VI geschaffen.

19. Die Verwaltung wird beauftragt zu evaluieren, welche weiteren Maßnahmen ergriffen werden können, um die Nutzer:innenzahlen des ÖPNVs in den kommenden Jahren weiter zu steigern. Die Ergebnisse der Untersuchung sollen in die Diskussion über ein alle Verkehrsträger umfassendes Mobilitätskonzept für die Stadt Mülheim im Rahmen der städtischen Klimaschutzplanung eingespeist werden. Die Bemühungen der Stadt schließen den Einsatz bei Bund und Land für eine verbesserte Finanzausstattung der ÖPNV-Belange ausdrücklich weiterhin mit ein.

20. Um mit Blick auf das Haushaltsjahr 2025 eine effizient und inhaltlich sinnvoll organisierte Aidshilfe in Mülheim zu ermöglichen, wird die Verwaltung beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem SVLS e.V. ein Konzept auszuarbeiten und der Politik zur Beratung vorzulegen.

21. Nachdem auf Initiative der Kooperation erstmals investive Mittel für den Neubau eines Schwimmbades links der Ruhr eingeplant wurden, werden im kommenden Jahr finanzielle

Vorbereitungen zur Durchführung einer an die Machbarkeitsstudie anschließenden Planung getroffen.

22. Die Verwaltung stellt sicher, dass die vorhandenen personellen und finanziellen Ressourcen zur Umsetzung des Integrierten Stadtteilentwicklungskonzeptes Styrum geprüft werden.

23. Zur Bekämpfung von bestehenden Angsträumen um den Nordeingang des Hauptbahnhofes werden nicht verausgabte Mittel genutzt. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Gesamtkonzept zur verbesserten Beleuchtung insbesondere im Hinblick auf die Fußwege und -verbindungen in der Innenstadt zu entwickeln und der Politik zum Beschluss vorzulegen. Dieses soll auch zur Verbesserung des subjektiven Sicherheitsempfindens dienen.

24. Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der allgemeinen Mittelbewirtschaftung den Fokus auf PV- und Grünbedachung zu verstärken, um möglichst schnell alle städtischen Bestandsgebäude entsprechend auszurüsten, wo es sinnvoll ist.

Sachverhalt:

Eine Begründung erfolgt mündlich.

Franziska Krumwiede-Steiner

Fraktionsvorsitzende Bündnis 90 / Die Grünen

Christina Küsters

Fraktionsvorsitzende CDU

Margarete Wietelmann Fraktionsvorsitzende SPD

Anlagen: